

## Fünf Jahre DIE LINKE im Salzlandkreis

Lothar Boese

Am 16. Juni 2007 gründete sich in Berlin die Partei DIE LINKE aus der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Nach zwei Jahren der Vorbereitung war aus zwei Parteien mit unterschiedlicher Entwicklungsgeschichte und regionaler Verankerung, aber ähnlichen Zielen, eine gesamtdeutsche linke Kraft als Alternative zu den anderen neoliberal orientierten Parteien entstanden. Im Sommer 2012 kann DIE LINKE auf fünf Jahre ihrer Entwicklung zurückblicken. Festzustellen ist: Sie ist keine kurzfristige Modeerscheinung geblieben, sondern hat sich in der deutschen Parteienlandschaft etabliert.

Der Kreisverband der LINKEN im Salzlandkreis wurde am 7. Juli 2007, drei Wochen nach der Parteigründung in Berlin, im Bestehornhaus in Aschersleben mit der Wahl des ersten Kreisvorstands gegründet. In den Wochen zuvor waren in den Basisorganisationen, in denen es Mitglieder der WASG gab, die Vereinigung schon vollzogen und neue Vorstände gewählt worden. Dies betraf Aschersleben und Bernburg. Die Vereinigung wurde in beiden Städten auch dazu genutzt, durch die existierenden Basisorganisationen Ortsverbände zu gründen. In Aschersleben wurde Wolfgang Menzel als ehemaliges WASG-Mitglied Ortsvorsitzender, in Bernburg wurde Ute Zawiazinski, vorher WASG, als stellvertre-

tende Ortsvorsitzende gewählt.

Die erste große Herausforderung der in Gründung befindlichen LINKEN war im Salzlandkreis die Kandidatenaufstellung und der Wahlkampf zu den Kreistags- und Landratswahlen am 22. April 2007.

Gemeinsam mit der WASG war es gelungen, 74 Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag aufzustellen. Mit 19,4 Prozent und damit zwölf Mandaten im Kreistag hat die Linkspartei nur ganz knapp hinter der SPD das drittbeste Ergebnis in der Rangfolge der Parteien erreicht. Nach der Zahl der Mandate lag sie mit der SPD gleichauf. Unsere Landratskandidatin Sabine Dirlich hatte einen intensiven und überzeugenden Wahlkampf geleistet, aber durch den Wahlantritt der drei Landräte der Altkreise nur wenig Chancen. Noch im Herbst 2007 und dann im Frühjahr 2008 gab es mit den Bürgermeisterwahlen in fast allen Städten und Gemeinden die nächste Herausforderung. In Peißen war unser Kandidat Hans-Jürgen Berg als Mitglied der LINKEN erfolgreich. Er wurde ohne Gegenkandidaten zum Bürgermeister der Gemeinde wiedergewählt.

Ein Jahr später galt es ein Superwahljahr vorzubereiten. Für den Juni 2009 waren Kommunal-, und Europa- und für den September Bundestagswahlen angesagt. Zur Kommunalwahl wurden durch DIE LINKE im Salzlandkreis mit 203 Kandidatinnen und

Kandidaten, darunter die Hälfte parteilos und mehr als ein Drittel Frauen, im Vergleich der Kreisverbände in Sachsen-Anhalt mit Abstand die meisten Kandidaten aufgestellt, obwohl wir nicht der einwohnerstärkste Landkreis sind. Etwa die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten, insgesamt 106, wurde auch gewählt. Prozentual das beste Wahlergebnis gab es mit 39,0 % in Rathmannsdorf, Ortsteil von Staßfurt, gefolgt von Löderburg (38,1 %), Westeregeln (36,2 %) und Hoym (30,5 %). Unter den vier ehemaligen Kreisstädten hatte Staßfurt mit 26,3 % am besten abgeschnitten.

In der Bundestagswahl im September 2009 hatte die LINKE bundesweit mit 11,9 Prozent, das sind 76 Abgeordnete, ihren bisher größten Wahlerfolg. In Sachsen-Anhalt war das Ergebnis mit 32,4 Prozent im Vergleich der Bundesländer am höchsten. Fünf der sechs Abgeordneten hatten hier Direktmandate gewonnen. Und auch im Salzlandkreis war das Ergebnis hervorragend. Mit 33,8 % lagen wir 1,4 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Das beste Ergebnis bei den Erststimmen hatte Aschersleben mit 39,6 %, bei den Zweitstimmen Unseburg mit 39,5 Prozent. Bei der Landtagswahl im Frühjahr 2011 kam die LINKE dann landesweit auf 23,7 Prozent, etwa das gleiche Ergebnis wie zuvor. Das Stimmenergebnis im Salzlandkreis lag wiederum um 1,3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Direktmandate wurden im Salzlandkreis leider nicht gewonnen. Aus dem Kreisverband schafften aber Birke Bull auf Listenplatz 2 und Sabine Dirlich auf Listenplatz 15 wieder den Sprung in den Landtag. An diese Wahlerfolge gilt es anzuknüpfen, wenn im nächsten Jahr wieder Bundestags- und 2014 Kommunalwahlen anstehen.

### Aus dem Inhalt:

#### Das Thema:

5 Jahre DIE LINKE

Seite 1 - 3

• Für einen neuen Aufbruch

Seite 4

• Längeres gemeinsames Lernen

Seite 5

• Solidarische Rentenversicherung

Seite 6

• Staßfurter Salzlandfest

Seite 7

• Wahlkreistag mit Jan Korte

Seite 8

• Freiluftbüro in Aschersleben

Seite 9

• Ortsversammlung Bernburg

Seite 11

## Fünf Jahre DIE LINKE

Sabine Dirlich

Die Erwartungen in die aus WASG und PDS vereinigte LINKE waren riesig, als wir uns vor fünf Jahren nach einem relativ kurzen Annäherungsprozess zusammengetan haben. Unsere eigenen Erwartungen und auch die vieler gesellschaftlicher Kräfte. Das Wort von der großen historischen Chance machte die Runde. Die schon in der Annäherungsphase und vor allem die nach der Vereinigung erreichten Wahlergebnisse legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Wir sind kurz nacheinander in mehrere westdeutsche Landtage eingezogen und haben bei der Bundestagswahl 2009 ein tatsächlich historisch gutes Ergebnis erzielt. In Sachsen-Anhalt haben uns fast ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gegeben und unsere Direktkandidaten haben fünf Wahlkreise gewonnen. Heute, fünf Jahre danach, scheint diese Chance vertan. Die Ursachensuche dauert an und wurde von quälenden Personaldebatten begleitet. Wir haben große und viele Gemeinsamkeiten. Aber niemand kann daran zweifeln, dass die Unterschiede genauso zahlreich und die Widersprüche genau so groß sind.

Das beginnt bereits bei der Frage, welches eigentlich die Erwartungen sind, die diese Gesellschaft an eine linke Partei stellt. Da sind die Einen, die meinen, unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir diese Gesellschaft vor allem mit den schärfsten Worten kritisieren und Widerstand und Protest organisieren. Daraus schlussfolgern sie, dass wir uns mit unserer Kritik von den anderen Parteien absetzen müssen, dass wir schärfer als andere kritisieren und stets mehr und anderes als die anderen Parteien fordern müssen, dass wir also vor allem unsere Unversöhnlichkeit mit dieser Gesellschaft und den anderen in ihr agierenden Parteien artikulieren müssen. Und da sind die Anderen, die meinen, dass unsere Wählerinnen eine spürbare Veränderung ihrer derzeitigen Situation von uns erwarten. Das aber setzt voraus, dass man nicht nur



in der Gesellschaft Mehrheiten gewinnt, sondern an der einen oder anderen Stelle auch parlamentarische Mehrheiten hat und dazu in der Lage ist, Kompromisse einzugehen zum Nutzen von Bürgerinnen und Bürgern. Diese Unterschiedlichkeit ist nicht nur ein Risiko für die Geschlossenheit einer Partei, sondern auch eine Chance für den Zugang zu unterschiedlichen Wählerinnengruppen. Eine Chance ist es allerdings nur, wenn wir diese unterschiedliche Herangehensweise zulassen, gegenseitig akzeptieren und produktiv nutzen, anstatt uns gegenseitig Verrat an der jeweils anderen Position vorzuwerfen. Alleinvertretungsansprüche bringen uns nicht weiter.

Diese unterschiedlichen Positionen sind natürlich kein reines Ost-West-Problem. Aber eines muss man doch feststellen dürfen: Ein Landesverband, der zwischen 2 % und 7 % Zustimmung unter den Wählerinnen erreicht, kann und muss vor allem seine Unterschiede zu anderen Parteien betonen. Er wird sich vor allem an die Protestwählerinnen wenden. Ein Landesverband, der zwischen 25 % und 30 % der Wählerinnenstimmen erhält, muss sich darauf einstellen, dass seine Wählerinnen von ihm konkrete Gestaltungspolitik und damit auch das Zugehen auf die anderen politischen Akteure erwarten. Beides ist legitim!

Der große Zuspruch, den wir in den

Jahren nach der Vereinigung von WASG und PDS erhalten haben, war aus meiner Sicht vor allem ein Vertrauensvorschluss. Diesen Vertrauensvorschluss müssen wir durch unser Handeln erst noch rechtfertigen. Dass wir dies bisher noch nicht getan haben, beweisen die Ergebnisse der Wahlen der vergangenen Monate.

Eines müssen wir aber alle zur Kenntnis nehmen: Eine Chance auf einen dauerhaften Platz in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik haben wir nur gemeinsam, haben wir nur als bundesweit agierende Partei.

Der neue Bundesvorstand hat das verstanden. Davon zeugen seine Vorhaben für die ersten 120 Tage. Er will die Kunst des Zuhörens üben und eine breite Debatte über den weiteren Kurs der Partei führen. Dazu haben wir bekanntlich ein gerade beschlossenes Programm, das von 95 % der Mitglieder getragen wird. Das ist die beste Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln. Er will die Fähigkeit in der Partei entwickeln, voneinander zu lernen. Dazu will er einen intensiven Erfahrungsaustausch organisieren und selbst daran mitwirken. Wir brauchen offene Debatten. Wir brauchen die Erfahrungen der Basis. Wir brauchen die Erfahrungen der Kommunalpolitikerinnen, die Erfahrungen unserer Bürgermeisterinnen und Landräte. Und wir brauchen neue Veranstaltungs- und Kommunikationsformen. Alles das gehört zur Strategie des Bundesvorstandes. Vor allem müssen wir wieder mit unseren Inhalten in die politischen Debatten eingreifen: für Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen, für ein soziales und ökologisches Europa, für eine couragierte Regulierung der Finanzmärkte und für öffentliche Daseinsvorsorge.

Ich bin optimistisch! Und wir sind ja auch zum Erfolg gezwungen. Wir sind nicht für uns da, sondern für Bürgerinnen und Bürger. Die Bundesrepublik braucht eine starke LINKE.

*MdL Sabine Dirlich ist Vorsitzende der Kreistagsfraktion*

## Rückblick auf den Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE

Friedrich Schütz

Nachdem die Linkspartei.PDS und die WASG am 15. Juni 2007 im Berliner Estrel-Hotel ihre letzten Parteitage durchgeführt hatten, trafen sich die Delegierten beider Parteien am darauf folgenden Tag zum Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. Ich halte es für angebracht, sich anlässlich des 5. Jahrestages dieses historischen Ereignisses daran zu erinnern. Es ist hier nicht der Platz, auf alle gehaltenen Reden und gefaßten Beschlüsse einzugehen. Das ist bereits in der DLZ 7/8/2007 ausführlich geschehen.

Welche große Aufmerksamkeit diesem Parteitag zukam, zeigte sich vor allem darin, daß Gregor Gysi in seiner Eröffnungsrede die Vertreter/innen von 71, vor allem kommunistischer und linkssozialistischer Parteien begrüßen konnte. Zu den vielen Ehrengästen gehörten auch der Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken Fausto Bertinotti (Italien) und der Vorsitzende

unserer Fraktion im Europaparlament Francis Wurtz (Frankreich).

Aus seiner Rede sollen außer dem in der Überschrift zitierten Satz folgende Grundgedanken zitiert werden:

- Die Einheit der LINKEN gehört zwingend zur Einheit Deutschlands.
- Wir organisieren hier heute das einzige Beispiel einer wirklichen Vereinigung.
- Wir stellen die soziale Frage, stellen sie weltweit und in unserer Gesellschaft.
- Der demokratische Sozialismus ist grundgesetzmäßiger als jede Form des Kapitalismus.

Es war der absolute Höhepunkt des Parteitages, als zwischen 16.35 und 16.40 Uhr die Delegierten den Gründungsbeschuß der Partei DIE LINKE faßten. Dieser historische Augenblick wurde von einem nicht enden wollenden Beifall aller Anwesenden, die sich von ihren Plätzen erhoben

hatten, begleitet. Als dann eine große Zahl riesiger roter Luftballons mit der Aufschrift DIE LINKE von oben in den Saal fiel, konzentrierten sich viele Delegierte völlig hierauf und spielten damit. Das Plenum war für eine Zeit, wie es in einer Bildunterschrift des ND hieß, „aus dem Häuschen“. Während der Wahl des ersten Vorstandes der neuen Partei mit Lothar Bisky und Oskar Lafontaine als Vorsitzenden wurden laufend Meldungen über Parteieintritte verkündet. Bis zum Ende des Parteitages sollen es etwa 300 gewesen sein. Diese junge Partei hat in den vergangenen 5 Jahren viele bedeutende Erfolge erreicht. Ihre ganze Tätigkeit muß jetzt darauf gerichtet sein, aus der gegenwärtigen Krise so schnell wie möglich herauszukommen.

## Gedanken zum 5. Jahrestag der LINKEN

Walther Blauwitz

Es heißt in dem Programm der LINKEN, dass sie an Erfahrungen aus traditionellen Bewegungen letzter Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte anknüpft. Für mich heißt das aber auch, dass DIE LINKE freilich viel viel älter als 5 Jahre ist. Meine Großeltern und Eltern sprachen öfter von den „Linken“ und meinten, nach meinem jetzigen Verständnis, damit Menschen, die sich kämpferisch für die Rechte Benachteiligter einsetzten und etwas zum Guten ändern wollten. Es gab nicht nur Loblieder auf die Linken.

Als ich 1954 Mitglied der SED wurde und auch später bis 1990 war für mich, bezogen auf meine Parteizugehörigkeit, dieser Begriff „Linker“ kaum in Gebrauch. Unsere kleinen und großen Parteifunktionäre nannten sich meist Kommunisten und so bezeichneten sie uns Parteimitglieder auch. Davon sind im Altkreis Staßfurt nach 1990 von ca.10 000 Mitgliedern bis jetzt noch knapp 200 übrig geblieben, was ich als sehr armseligen Bekenntnisstand der Mitgliedschaft der ehemaligen „Avantgarde“ ansehe.

Nach 1990 habe ich erneut über die vielen Leiden von Kommunisten während der Nazizeit erfahren aber auch über die unvorstellbaren Verbrechen an und durch Kommunisten in der SU in der Zeit des Stalinismus. Das hat mich nachdenklich gemacht.

Es wurde so endlich Zeit, mich selbst zu definieren. Mit dem Bekenntnis, ein Linker zu sein, bin ich nun sehr zufrieden. Die drei Grundideen und die sechzehn definierten Kampfziele im neuen Parteiprogramm der LINKEN entsprechen meinen Vorstellungen von Zukunftsgestaltung.

Zukunft und Gegenwart linker Parteiarbeit bezogen auf diese Ziele sind oft schwer zu vereinen. In diesem Prozess sind Strömungen und Gruppierungen entstanden, mit denen ich aber leben kann und die für mich in gewisser Weise auch Meinungsfreiheit und Vielfalt von Kampfformen bedeuten. Ich würde mich als einen sogenannten Reformier mit klassenkämpferischer Handlungsfähigkeit und klarer Sicht auf eine sozialistische Zukunft bezeichnen.

Neben der sehr wichtigen außerparla-

mentarischen Arbeit der LINKEN halte ich es für unerlässlich, unsere Präsenz in jeder Form der wählbaren Parlamente zu erstreben. Ein LINKER muss es können, in Volksvertretungen für seine Ideen zu kämpfen und wenn nötig, auch mit Kompromissbereitschaft Lebensbedingungen zu verbessern.

Wir sind mit einer starken Fraktion der LINKEN im Staßfurter Stadtrat seit Jahren vertreten. Wir stellen den Vorsitzenden des Stadtrates sowie die Vorsitzenden von zwei beschließenden Ausschüssen. Wir arbeiten in allen demokratischen Gremien in der Stadt mit Erfolg und der eigenen Note linkspolitischen Handelns. Ich habe die Hoffnung, dass wir lange eine gesellschaftliche Kraft bleiben, die für Alternativen für eine bessere Zukunft steht. *für eine bessere Zukunft steht.*

*Dr. Walther Blauwitz ist Vorsitzender des Stadtrates Staßfurt*

## Die neue Parteiführung hat ihre Arbeit begonnen

Friedrich Schütz

Der Göttinger Parteitag machte meines Erachtens zweierlei besonders deutlich. Zum einen zeigte er, was vielen Mitgliedern auch schon vorher bewußt war, daß in Teilen der Partei eine ungeheure Zersplittertheit herrscht, ja sogar, wie Gregor Gysi sagte, Haß anzutreffen ist. Die immer schlechter gewordenen Ergebnisse bei den Landtagswahlen und die nicht befriedigenden Umfragewerte sind ein Ausdruck für den Vertrauensverlust bei der Bevölkerung. Kurz gesagt: DIE LINKE befindet sich in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Zweitens, und das ist sein positives Ergebnis, zeigten sich in vielen Reden der feste Wille und das große Verantwortungsbewußtsein, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die bestehenden Mißstände zu überwinden. Mit dem Schlußsatz in der Rede von Oscar Lafontaine sollten sich alle Mitglieder der Partei und die ihr nahe stehenden Personen angesprochen fühlen: „Bitte kämpft um diese gemeinsame LINKE und macht sie wieder stark!“ Wenige Tage nach dem Parteitag erschien unter dem Titel „Ein neuer Aufbruch für DIE LINKE“ eine Erklärung der neuen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger und des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi. Daraus möchte ich drei Sätze zitieren: „Der Göttinger Parteitag war eine Zäsur für DIE LINKE...Wir sind uns darüber einig, daß es nunmehr eine zentrale Aufgabe ist, die politischen und organisatorischen Weichenstellungen für das kommende Wahljahr vorzunehmen ...Vor den LINKEN liegt viel Arbeit und eine große Verantwortung.“ Unmittelbar nach diesem Aufruf, ein Datum fehlt in beiden Papieren, veröffentlichten die Vorsitzenden ihr vier Seiten umfassendes Arbeitsprogramm „Den Aufbruch organisieren – Vorhaben für die kommenden 120 Tage“. Dieses Programm war auch der Schwerpunkt der Tagung des Parteivorstandes am 24.Juni, der dazu einen Beschluß faßte, in dem auch Verantwortlichkeiten und Termine zu deren Umsetzung festgelegt sind. Es ist zu be-

grüßen, daß die Vorstandsmitglieder dieses Programm als Projekt des gesamten Vorstandes unterstützen wollen.

Ich halte es für äußerst wichtig, wenn es im ersten Absatz des Programms heißt, daß wir in dem genannten Zeitraum „eine breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs führen. Dazu laden wir alle Mitglieder der Partei ein. Wir wollen die Kunst des Zuhörens praktizieren, die Fähigkeit voneinander zu lernen mit Leben erfüllen und zum Mitmachen einladen. Dafür ist ein intensiverer Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen unserer Partei unerläßlich.“ Ich meine: Bei den angeführten Punkten ist in unserer Partei manches nachzuholen, wurde vieles bisher vernachlässigt.

Im folgenden sollen aus dem Programm und dem Beschluß einige Schwerpunkte herausgestellt werden:

- Anfang Juli und Ende September finden Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden statt. Dafür soll im September auch der Entwurf der Wahlstrategie beraten werden. Diskussionen sollen in diesem Kreis auch zu einem Entwurf des Bundestagswahlprogramms geführt werden.

- Vom 23. Juli bis zum 21. August ist eine Sommertour der Parteivorsetzenden durch die Parteigliederungen geplant. Da diese ja auch Urlaub benötigen, lösen sie sich nach der Hälfte der Zeit ab.

- Mit einer Massentelefonkonferenz Ost/West sollen „alle Mitglieder von Kreisvorständen und die Ortsvorstands- bzw. BO-Vorsitzenden von zwei Landesverbänden eingeladen werden. Gedacht ist dabei an Mecklenburg-Vorpommern und Saarland.

- Eine Telefonkonferenz ist auch mit führenden kommunalen Funktionsträger/innen der Partei vorgesehen, also mit den 5 Landräten und Landrätinnen, den 7 Oberbürgermeister/innen und den 42 Bürgermeister/innen. Diskussthemata sollen die Prekarisierung, der Fiskalpakt und die Privatisierung

sein.

- Große Aufmerksamkeit widmet die Parteiführung der am 20. Januar in Niedersachsen stattfindenden Landtagswahl.

- Der Parteivorstand legte fest, für die Durchsetzung seiner Vorhaben Arbeitsgruppen zu bilden. Eine bereits beschlossene AG unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Axel Troost wird sich mit dem Fiskalpakt, „dem zentralen politischen Schwerpunkt der Partei“, beschäftigen.

- Der Beschluß sieht vor, der Genossenschaft Fair Wohnen in den Medien der Partei eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei soll das Eintreten gegen Privatisierung oder Rekommunalisierung mit konkreten Maßnahmen vor Ort verbunden werden.

Ich halte das 120 Tage-Programm und die dazu im Beschluß festgelegten Maßnahmen für äußerst anspruchsvoll und richtig in bezug auf die Stärkung der Partei, als erste Schritte auf dem Weg aus der Krise und damit für einen Aufbruch der Partei. Dabei darf aber keineswegs vergessen bzw. unbeachtet bleiben, die im „Bericht für eine zukünftige LINKE“ (s.DLZ 12/2011) gestellten, aber insgesamt doch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gefundenen Aufgaben (Mitgliedergewinnung, politische Bildung, Information und Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit u.a.) konsequenter durchzusetzen.

Bei allen dargestellten Maßnahmen handelt es sich um innerparteiliche. Ihre erfolgreiche Umsetzung ist aber eine grundlegende Voraussetzung für die Gewinnung unserer Klientel bei den 2013 anstehenden Wahlen. Ich denke und hoffe, daß sich die Parteiführung nach Ablauf der 120 Tage besonders dieser, keineswegs leichten Aufgabe zuwenden wird. Für die Durchsetzung ihres Programms, das durch eigenständige Maßnahmen auf Landes- und Kreisebene unterstützt werden sollte, benötigt sie das Vertrauen und die Unterstützung aller Mitglieder.

## Auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen

Birke Bull

Mit der Gemeinschaftsschule verbinden viele die Vision vom längerem gemeinsamen Lernen. Drei der im Landtag vertretenen Parteien teilen die Vorstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr sozialem und demokratischem Lernen und mehr leistungsförderlichem Klima. Mit welchen Modellen können sich Schulen in Sachsen-Anhalt diesem Anspruch am besten nähern?

Dem Landtag liegen Gesetzentwürfe der Landesregierung und der Fraktion der LINKEN vor. Wir schlagen einen Umbau des Schulsystems in zwei Phasen vor:

Im ersten Schritt geht es darum, die auseinander driftenden Bildungswege in Sekundarschule und Gymnasium anzugleichen. Entscheidend ist, dass die Stundentafel und Lehrpläne angepasst werden. Ein neuralgischer Punkt ist z.B. das Erlernen einer 2. Fremdsprache, die für das Abitur nötig ist. Es geht nicht darum, alle SchülerInnen künftig zum Abitur zu führen. Aber der Weg dahin soll nicht schon frühzeitig erschwert werden.

Wir wollen, dass zunächst alle SchülerInnen auf den Realschulabschluss orientiert werden. Der Hauptschulabschluss soll zwar weiterhin möglich sein, aber das sollte nicht schon in Klasse 7 durch den hauptschulabschlussbezogenen Unterricht vorentschieden werden. Wir wollen konsequent die Logik der getrennten Bildungsgänge überwinden, um mögliche Entwicklungswege für alle Kinder so lange wie möglich offen zu halten. Der Weg zum Abitur wird durch eine feste verbindliche Kooperation der Sekundarschulen mit Gymnasien, Fachgymnasien oder Gesamtschulen ermöglicht. SchülerInnen der Sekundarschule, die für sich den Weg zum Abitur in Betracht ziehen, sollen wissen, wie und wo sie diesen Bildungsweg nach Klasse 9 oder 10 fortsetzen können. Eine solche neue Sekundarschule soll statt des Lehrens und Lernens im Gleichschritt binnendifferenzierte und individualisierte Unterrichtsformen anbieten.

Wir wollen, dass polytechnische Bildung zum Prinzip an allen Schulformen wird. Eine solche Reform nimmt den Druck



aus den biografischen Entscheidungen über Bildungswege heraus. Die Sekundarschule soll sich so zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium entwickeln. Dazu gehört auch mehr Möglichkeit erfahrbarer Demokratie an der Schule. Unser Gesetzentwurf verabschiedet sich von der automatischen absoluten Mehrheit der Lehrkräfte in der Gesamtkonferenz und sieht die Drittelparität (PädagogInnen, Eltern, SchülerInnen) in der Zusammensetzung vor. Nunmehr sollten die dort zu treffenden Entscheidungen auf demokratischem Wege erörtert und entschieden werden. Ein Umbau bei laufendem Betrieb könnte man es nennen. Es ist eine Reform in homöopathischen Dosen. Ist diese neue Sekundarschule erfolgreich aufgewachsen, stellt sich letztlich die Frage nach der Notwendigkeit weiterhin getrennter Bildungsgänge und Schulformen. Nach unserer Vorstellung soll am Ende einer solchen Entwicklung die Allgemeinbildende Gemeinschaftsschule stehen – in fünf bis 6 Jahren. Dort lernen Kinder dann gemeinsam bis zur Klasse 9. Wer dann seinen Bildungsweg fortsetzen möchte, der wird das dann an den verbleibenden Gymnasien tun können. Zunächst geht es aber in unseren Vorschlägen für eine Schulreform darum, die getrennten Bildungsgänge einander anzugleichen, um längeres ge-

meinsames Lernen möglich zu machen und die Sekundarschule dabei zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium zu entwickeln.

Auch die Landesregierung hat einen Vorschlag vorgelegt. Nach deren Willen soll es eine neue Schulform geben: die Gemeinschaftsschule. Worin besteht der Unterschied zu Sekundarschulen und Gymnasien, und ebenso zu integrierten Gesamtschulen? Worin liegt der Gewinn für längeres gemeinsames Lernen?

Auch die Gemeinschaftsschule der Landesregierung soll binnendifferenzierten und individualisierten Unterricht anbieten und damit das Lehren und Lernen im Gleichschritt ersetzen. Auf eine äußere Differenzierung nach Leistung soll weitgehend verzichtet werden. Hier beginnen leider die Unklarheiten. Was heißt „weitgehend“? Soll die Gemeinschaftsschule eine wirkliche attraktive Alternative zum Gymnasium sein, müssen die Stundentafel und der Lehrplan sich daran messen, was am Gymnasium erwartet wird.

Das Erlernen der 2. Fremdsprache soll nur „angestrebt“ werden. Das ist bereits jetzt schon so. Dazu bedarf es der Gemeinschaftsschule nicht. Ein Gewinn wäre es stattdessen gewesen, wenn das Erlernen der 2. Fremdsprache für alle verbindlich werden würde.

Auch die Frage des hauptschulabschlussorientierten Unterrichtens bleibt offen und wird in das Genehmigungsgeschehen der Schulverwaltung verlagert. Als KANN-Bestimmung haben wir einen Verzicht auf getrennte Bildungsgänge aber bereits in den integrativen Gesamtschulen. Auch immer mehr Sekundarschulen verzichten bereits jetzt auf solche getrennten Bildungsgänge. Eine Gemeinschaftsschule mit klarer Absage an den hauptschulabschlussbezogenen Unterricht – das wäre ein kleiner Gewinn gewesen.

Der Gesetzentwurf des Kultusministers offenbart rundherum einen grundsätzlichen Makel:

...weiter auf Seite 6

...Fortssetzung von Seite 5:

Der Gemeinschaftsschule fehlt die klare und verbindliche Absage an die Logik der getrennten Bildungsgänge – durch den verbindlichen Verzicht auf alle Formen des Sortierens von SchülerInnen entsprechend ihrer Leistung. Gerade das wäre aber eine Innovation

hin zu mehr Durchlässigkeit und letztlich zur Aufhebung der getrennten Bildungsgänge gewesen. Das wäre dann ein wirklicher Schritt zu längerem gemeinsamen Lernen gewesen.

Die vorgeschlagenen gesetzlichen Möglichkeiten (nicht Verbindlichkeiten) rechtfertigen jedenfalls keine neue Schulform.

Und das Etikett der Gemeinschaftsschule schon gar nicht. Es ist lediglich ein neues Label für die guten Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt – nicht mehr, allerdings auch nicht weniger.

*Birke Bull ist stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion*

## Gute Rentenpolitik ist mehr als Armutspolitik

Jana Lankau

Wenn man das Glück hat, eine Persönlichkeitsstruktur zu haben, mit der man im Hier und Jetzt und Heute zu leben, macht man sich im Alter von Mitte 40 noch keine Gedanken um seine Rente. Dass die Aussichten nicht rosig sind, hat man im Gefühl, zu viele Unwägbarkeiten machen jede Planung zu einem Glücksspiel. Trotzdem hörte ich am 13. Juni ausgesprochen interessiert dem Vortrag von Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion, zu.

In seinem Vortrag erläuterte er den Interessierten das Rentenkonzept der LINKEN, das da heißt „Solidarische Rentenversicherung“. Am Anfang des Vortrages stand ein Exkurs in die Auswirkungen der Rentenpolitik der Regierung. 14 % aller Menschen über 65 Jahre gelten als arm. 412.000 Menschen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Die Grundsicherung liegt bei 688 Euro, die Armutsrisikogrenze bei 900 Euro. Das gesamte Rentenniveau ist in den letzten 10 Jahren um 10 % gesunken.

Dann stellte Matthias W. Birkwald die Alternativen der LINKEN vor. Dabei muss ein Rentenkonzept immer im Zusammenhang mit Arbeitsmarktpolitik stehen, denn nur nach guter Arbeit hat das Ziel der Rente – nämlich die Lebensstandardsicherung – Sinn. „Heutzutage müssen viele diese Lebensstandardsicherung im Alter als Drohung verstehen“, so der Abgeordnete.

DIE LINKE setzt sich in ihrem Konzept klar für eine umlagefinanzierte Rente ein. Im Gegensatz zum jetzigen Zustand sollen alle Berufsgruppen in die Rentenversicherung einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenze soll fallen.



Birke Bull und Matthias W. Birkwald im Bernburger Bürgerbüro

(Foto: privat)

Diese sorgt dafür, dass Menschen mit besonders hohen Einkommen prozentual weniger in die Rentenversicherung einzahlen als Bezieher/innen von niedrigen und mittleren Einkommen.

Nach unserem Konzept soll niemand von weniger als 900 Euro (also unterhalb der Armutsrisikogrenze) leben müssen laut Beschluss des Göttinger Parteitages sind es jetzt 1050 Euro, die wir als Mindestrente fordern. Das konnte im Konzept noch nicht berücksichtigt werden. Erzielt jemand eine geringere Rente, soll es nach einer moderaten Vermögens- und Einkommensprüfung entsprechende steuerfinanzierte Zuschläge geben.

Wir wollen auch Erwerbslose, Pflegende und Erziehende in die Rentenversicherung einbeziehen. Kindererziehungszeiten sollen also genauso anerkannt werden wie Schul- und Hochschulzeiten, oder Zeiten des Hartz-IV-Bezugs.

Die Rente mit 67 gehört abgeschafft, ist sie doch in der Realität eine Rentenkürzungsmaßnahme. Eingeführt wurde

sie mit der Begründung der längeren durchschnittlichen Lebenszeit. Diese trifft erstens nicht auf alle Bevölkerungsgruppen zu und ignoriert zweitens die Tatsache, dass nicht einmal 10 % der 64-Jährigen noch einen Vollzeitjob haben. Dass wir uns für eine Angleichung der Renten in Ost und West einsetzen, versteht sich von selbst.

Das Konzept steht und ist durchgerechnet. Nun kommt es darauf an, parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck zu entfalten. Zahlreiche Anträge wurden von der LINKEN im Bundestag gestellt. Wenn nun noch Druck von außen kommt, hofft Matthias W. Birkwald, dass sich in den anderen Fraktionen die Vernünftigen durchsetzen können. Dazu braucht es langen Atem, viele Bündnispartner und Millionen, die auf die Straße gehen. Na mal sehen, ob das klappt.

*Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von Birke Bull*

## Staßfurter LINKE war beim Salzlandfest dabei

Ralf P. Schmidt

Es ist nun schon eine gute Tradition der Staßfurter LINKEN, sich in die kommunalen Höhepunkte mit einzuklinken. So ist DIE LINKE seit Jahren beim Altstadtfest am 1. Mai, beim Salzlandfest am 3. Juniwochenende und beim Tag der Region im Herbst eines jeden Jahres zu finden. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Staßfurter Stadtrat, Klaus Magenheimer, schätzt dazu ein: „Besser können wir mit den Menschen zu unserer Politik gar nicht ins Gespräch kommen“, und Ralf-P. Schmidt, Ortsvorsitzender der Staßfurter LINKEN, meint, „dass DIE LINKE mit ihren vielen Aktionen wieder einmal Präsenz und Bürgernähe gezeigt hat“. Zugegeben, DIE LINKE war nun nicht der Veranstaltungshöhepunkt des 32. Staßfurter Salzlandfestes, doch immerhin die einzige Partei oder Wählervereinigung aus dem Staßfurter Stadtrat, die vor Ort war. Dies wussten auch die Staßfurter/innen mit Interesse, Gesprächen und Lob zu schätzen.

Am Stand der LINKEN, der Samstag und Sonntag von den Ehrenamtlichen besetzt war, konnte man nicht nur Informationen mitnehmen. Der ROTE Barkas, bekannt aus dem letzten Wahlkampf von Jan Korte, war der Hingucker des Tages. Für die Kleinen gab es fliegende Luftballons, Windmühlen und Gummibärchen. Der Staßfurter Seniorenbeirat war mit eigenen Informationen vor Ort. Für die Größeren gab es ein Quiz und die Mitmach-Aktion „Meine Aufträge an DIE LINKE für Staßfurt“, die bereits schon zum Altstadtfest die Bürger/innen der Salzstadt aufrief, ihre Meinung öffentlich zu notieren.

Im Ergebnis sind hier folgende Notizen festzuhalten:

- Erhalt der noch verbliebenen kulturellen Einrichtungen und die Möglichkeit, diese zu bezahlbaren Preisen zu besuchen
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Hort für Kinder über 14 Jahre und für



Am Stand der LINKEN zum Salzlandfest (Foto: privat)

- Menschen mit Behinderung
  - Erhalt aller Kinder- und Jugendtreffs
  - Schaffung eines autonomen Jugendtreffs
  - Renten nicht prozentual steigern, sondern als absoluten Wert
  - liebevoller Umgang mit Ausländer/innen und allen Minderheiten
  - deutliche Verbesserung der Infrastruktur bei Bus und Bahn
  - alten- und behindertengerechte Fußwege
  - keine Kommerzialisierung des Sports zulassen
  - Unterstützung des Staßfurter Tierchutzvereins
  - den Landrat für die Verluste der Kreiskliniken verantwortlich machen
- Dies werden nun die Aufträge an DIE LINKE sein, die unsere nächsten Diskussionen bestimmen. Diese Themenschwerpunkte will DIE LINKE auch an Oberbürgermeister und Stadtratsvorsitzenden in der nächsten Stadtratssitzung übergeben.

Beim Quiz in Staßfurt beteiligten sich 40 Personen. 9 Antworten waren leider falsch. Aus den richtigen Antworten wur-

den die Gewinner/innen ermittelt. Richtige Antwort war hier natürlich, dass DIE LINKE und der Salzlandkreis 2012 ein gemeinsames Jubiläum haben – beide werden 5 Jahre alt. Bei der Frage nach den neuen Parteivorsitzenden der LINKEN lagen alle die richtig, die wussten, dass Bernd Riexinger aus Baden-Württemberg kommt. Bei Frage 3 war das Wappen des Salzlandkreises zu erkennen. Und bei Frage 4 natürlich festzustellen, dass nur die A 14 und der R 1, nicht aber der Mittellandkanal durch den Salzlandkreis führen. Frage 5 die nach dem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Anhalt fragt, war von fast allen mit Jan Korte richtig notiert. Auch die Bücherbörse fand wieder viel Zuspruch und brachte kleine Spendeinnahmen für unsere Sozialprojekte. So machte der Stand der LINKEN den Ehrenamtlichen nicht nur Arbeit, sondern auch Spaß, war kommunikativ und zeigte einmal mehr, dass solidarisches Miteinander uns gut tut.

## Bürgersprechstunde und Straßenbau

Jana Lankau

Wahlkreistage haben oft den Vorteil, dass Abgeordnete mit Politikbereichen konfrontiert werden, die nicht zum Schwerpunkt ihrer täglichen Arbeit gehören. Das ist meistens interessant und bereichernd, zumal, wenn man in der Fraktion auf Expert/innen zurückgreifen kann, die bei der Bearbeitung der Anfragen und Probleme helfen. Der Wahlkreistag von Birke Bull am 18. Juni begann mit einer gemeinsamen Bürgersprechstunde von Birke Bull und Udo Riedel, Vorsitzender der Stadtratsfraktion, auf dem Bernburger Karlsplatz.

Im Anschluss gab es ein Gespräch mit dem Bernburger Oberbürgermeister Henry Schütze und dem Baudezernenten der Stadt Holger Köhncke. Schwerpunkt des Gesprächs war der Ausbau der L 146 in der Ortslage Bernburg (Gröbziger Straße/ Thomas Müntzer-Straße). Diese Straße ist in einem schadhafte Zustand. Geh- und Radwege sind kaum noch sicher zu nutzen. Durch die Nutzung der Straße als Umleitung für die nach dem Erdfall gesperrte L 50 (ehemals B 71) hat der Zustand weiter gelitten.

Auf der Prioritätenliste der Stadt steht



MdL Birke Bull bei der Bürgersprechstunde auf dem Bernburger Karlsplatz (Foto: privat)

die Sanierung dieser Straßen auf Platz 1. Einsichtig war man in der Vergangenheit und stellte die Priorität zu Gunsten des Ausbaus der Roschwitzer Straße mit dem neuen Kreisverkehr und für den Neubau der Südspange als Alternative für die dauerhaft gesperrte L 50 zurück. Nach Fertigstellung der Südspange (Ende 2013) darf es aber keine weiteren Verzögerungen mehr geben. Die Stadt hat bereits 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt, um mit Planungsleistungen in Vorleistung zu gehen. Wenn dann nach der

genauen Vermessung eine konkrete Bausumme festgelegt werden kann, werden sich die Verantwortlichen der Stadt noch einmal an die Abgeordnete wenden, um die Landespolitik eventuell strategisch in die Verhandlungen einzubeziehen.

Getan werden muss unbedingt etwas: „Wir sind der Prellbock für die Roschwitzer Einwohner/innen.“ Da will man sich seitens der Stadt auch nicht auf die Zuständigkeit des Landes zurückziehen.

*Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull*

## Gemeinsames Fußballerlebnis im Bernburger Bürgerbüro

Jörg Lemmert

Es ist schon zu einer guten Tradition geworden: Wenn das runde Leder bei den großen internationalen Fußballturnieren rollt, dann gibt es im Bernburger Bürgerbüro von MdL Birke Bull und MdB Jan Korte auch wieder Public Viewing. Das gemeinschaftliche Fußballerlebnis auf der großen Leinwand war auch während der Europameisterschaft wieder ein Anziehungspunkt. Fußballbegeisterte Bernburgerinnen und Bernburger konnten die Spiele der deutschen Mannschaft sehen, am Tippspiel teilnehmen und sich über fußballgerechte Verpflegung im Bürgerbüro freuen. Von den Vorrundenspielen bis zum Halbfinale war das Bürgerbüro mit am Ball. Der Besucheransturm war sicherlich nicht

immer so wie wir ihn uns gewünscht hätten. Da aber u.a. das Bernburger Kino und viele Kneipen in der Stadt die Spiele übertrugen, hatten wir auch mit viel Konkurrenz zu kämpfen. Die mediale Aufmerksamkeit war uns aber gewiss: Eine Vielzahl von Ankündigungen in der Lokalpresse wies auf unser Angebot hin. Im politischen Bernburg sind wir nach wie vor die einzigen, die Fußballspiele übertragen.

Die Stimmung bei den Spielen war jedenfalls prächtig! Abgesehen vom Halbfinale natürlich. Da blieben aufgrund eines Stromausfalls die meisten Bildschirme in Bernburg schwarz, so auch bei uns im Büro. Und das, wo so viele Gäste wie nie zuvor zu

uns kamen. Dass das Ergebnis aber kein Grund zur Freude war und das deutsche Team ausschied, hat sich sicherlich rumgesprochen. So endete das Turnier für die deutsche Mannschaft und auch für uns früher als erhofft. Aber „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ besagt die alte Fußballweisheit und in diesem Sinne wird es in 2 Jahren bei der Weltmeisterschaft in Brasilien wieder die Chance für einen Titelgewinn geben. Dann ja vielleicht auch wieder begleitet vom Public Viewing im Bürgerbüro.

*Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte*



## Wahlkreistag in Bernburg und Könnern

Jörg Lemmert

Am 19. Juni stand für MdB Jan Korte ein weiterer Wahlkreistag im Salzlandkreis auf dem Programm. Los ging es am Morgen wieder mit einer öffentlichen Bürgersprechstunde auf dem Bernburger Karlsplatz. Neben den Auswirkungen der Euro-Krise und der neuen Parteispitze der LINKEN war natürlich auch die Fußball-Europameisterschaft Thema am Stand des Abgeordneten. „Hier vor Ort in meinem Wahlkreis bekomme ich immer sehr viel mit. Nämlich die Probleme und Sorgen, aber auch zahlreiche Anregungen der Menschen. Der direkte Kontakt zu den Bürgern ist mir deshalb äußerst wichtig“, erklärte Jan Korte an diesem Morgen in Bernburg.

Im Anschluss war er erneut bei der Stiftung Evangelische Jugendhilfe zu Gast. Die jährlich stattfindende Kinderstadt „Bärenhausen“ der Stiftung unterstützt der Abgeordnete jetzt schon im 3. Jahr. In den Sommerferien können junge Bernburgerinnen und Bernburger hier im Kleinen selbst erleben, wie das Leben der Erwachsenen funktioniert. In diesem Jahr gab es 500 € vom Fraktionsverein, die Jan Korte an den Geschäftsführer Klaus Roth übergeben durfte.

Danach führten Bibliotheksleiterin Frau



MdB Jan Korte übergibt einen Scheck von 500 Euro an den Geschäftsführer der Stiftung Evangelische Jugendhilfe Herr Klaus Roth (Foto:privat)

Rziha und Bernburgs Kulturamtsleiterin Frau Schmidt den Abgeordneten durch die Stadtbibliothek. Das moderne Gebäude verfügt über ca. 60.000 Medien und konnte im letzten Jahr über 80.000 Besucher verzeichnen. „Das ist eine der attraktivsten Einrichtungen dieser Art, die ich bisher besucht habe.“ so Jan Korte.

Am Nachmittag ging es weiter nach Könnern, wo ein Besuch im Seniorenzentrum der Volkssolidarität auf dem Programm stand. Torsten Schmuhl, verantwortlich für die Pflegeeinrichtungen des Sozialverbandes in Sachsen-Anhalt, führte durch die Einrichtung und nutzte die Gelegenheit, um den Abgeordneten seine Wünsche an die Bundespolitik mit

auf den Weg zu geben.

Abschließend ging es zu den Boxern von Blau-Weiß Könnern. Der Verein kann auf eine 50jährige Tradition verweisen und hat bereits viele erfolgreiche Athleten im Amateur- und Profibereich hervorgebracht. Trainer Ulf Gonschorek gewährte einen Einblick ins Training und berichtete von den Nachwuchssorgen des Vereins. Am Abend besuchte Jan Korte dann den Empfang der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), die Mitte Juni die sogenannten Feldtage mit ca. 20.000 Besuchern in Bernburg durchführt.

*Jörg Lemmert ist Wahlkreismitarbeiter von MdB Jan Korte*

## Freiluftbüro in Aschersleben

Hans-Jürgen Hedermann

Am 14. Juni hatte DIE LINKE Aschersleben fast schon traditionell ihr Freiluftbüro am Holzmarkt in Aschersleben eröffnet. Der Informationsstand wurde gut angenommen, und es kam zu regen Gesprächen mit den Bürgern. Viele Fragen zur Krise, zur Arbeit oder zur Rente wurden diskutiert. Auch die Frage nach einem Büro, wo man sich als Bürger bei Anliegen mal hinwenden könne, kam. Inzwischen ist der Mietvertrag unterzeichnet. Es geht also voran und wir hoffen, bald Bürgerinnen und Bürger auch in überdachten Räumen empfangen zu können.



DIE LINKE Aschersleben mit ihrem Freiluftbüro auf dem Holzmarkt (Foto: privat)

## 5 Jahre DIE LINKE – öffentliche Würdigung zum Sommerfest

Klaus Magenheimer

Zu Beginn der Sitzung des Kreisvorstandes am 27. Juni wurde darüber informiert, wie die Mitgliederversammlungen in Bernburg, Schönebeck, Aschersleben und Saale-Wipper den Göttinger Parteitag auswerteten. Als wertvoll für die unmittelbare Parteiarbeit wurden das 120 Tage-Programm der neu gewählten Parteispitze mit seiner kurzen, knappen und übersichtlichen Form gewertet.

Die Mitglieder der BO Staßfurt und weitere Stadträte nutzten die zwei Tage des 32. Salzlandfestes, um sich den vielen Besuchern zu präsentieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und auch Aufträge für ihre weitere kommunalpolitische Arbeit entgegen zu nehmen.

Viele Besucher nutzten auch den Quiz, um ihr Wissen über unsere Partei un-

ter Beweis zu stellen.

Die vergangenen Wochen nutzte auch der Bundestagsabgeordnete Jan Korte, um an verschiedenen gesellschaftlichen Ereignissen in seinem Wahlkreis teilzunehmen.

Friedrich Schütz unterbreitete den Vorschlag, die kommende Kreisvorstandssitzung zu nutzen, um unsere nächsten Aufgaben konkret herauszuarbeiten und als verbindliches Handlungsdokument zu beschließen.

Eine wesentliche Rolle in der politischen Arbeit soll dabei natürlich unsere Zeitung spielen. Weil ihr momentanes Erscheinungsbild viele Wünsche offen lässt, wurden erforderliche Maßnahmen zur Veränderung erörtert.

Die Schatzmeisterin Petra Giest informierte über den Stand der Beitragskassierung per 26.6. Mit 54,74 % wur-

de die Verpflichtung gegenüber dem Landesverband erfüllt. Das entspricht jedoch nur 47,50 % zur eigenen Zielstellung. An Spenden wurde das eigene Ziel mit nur 33,08 % erfüllt. Bei Mandatsträgerbeiträgen wurde die eigene Zielstellung mit 52,22 % erfüllt. Dennoch gibt es hier Reserven in der vollständigen Beteiligung des betroffenen Personenkreises.

Anlässlich der 5. Jahrestages der Partei DIE LINKE stellten einige Vorstandsmitglieder Erfolge und Probleme in der Entwicklung unserer Partei heraus. Es wurde festgelegt, im Rahmen des von unseren Abgeordneten und dem Kreisverband Ende August in Bernburg vorgesehenen Sommerfestes dieses Jubiläum öffentlich zu würdigen.

## Mitgliederversammlung der BO Beesenlaublingen

Alfred Müller

Zu unserer Mitgliederversammlung am 7. Juni haben die Mitglieder und die anwesenden Sympathisant/innen eifrig über die Ergebnisse des Parteitages diskutiert. Die in der Presse voraus gegangenen Unkenrufe, dass es zu Auseinandersetzungen kommen kann, die eine Spaltung der Partei zur Folge haben kann, diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. In der Tat lag Spannung und auch Unruhe in der Luft, welche Ergebnisse sich wohl zeigen werden.

Wir halten den Parteitag für gut gelaufen und allen Orakeln zum Trotz und zu unser aller Befriedigung ist die Linkspartei auf gutem Wege, die in unserem Programm aufgezeigten Ziele und Aufgaben anzusteuern und zu verwirklichen.

Gregor Gysis Rede auf dem Parteitag, seine Ausführungen über den Zustand unserer Fraktion im Bundestag hat uns erschrocken gemacht und natürlich

auch befremdet. Gewiss hat er seinem Ärger Luft gemacht und dennoch damit auf die Delegierten eindringlich einwirken können. Der Appell von Oskar Lafontaine, das Wort Spaltung ab sofort nicht mehr in den Mund zu nehmen, hat unserer Ansicht nach ebenso dazu beigetragen, mehr Einheitlichkeit zum rechten Zeitpunkt an den Tag zu legen.

Die Mitglieder sind sich einig, dass es ein vorwärts gerichteter Parteitag war und die Spaltung abgewendet wurde. Man muss weiter mit uns rechnen, und dieses Land braucht DIE LINKE. Wir haben nun einen demokratisch gewählten neuen Vorstand, das Ost-West-Verhältnis ist gerecht gewahrt, der Anteil von Männern und Frauen ist proportional, und eine Verjüngung an der Spitze wird uns gut tun. Freilich hätten wir uns gut als einen der Vorsitzenden der Partei den uns allen

bekanntem Genossen Dietmar Bartsch vorstellen können. Wir müssen aber die Entscheidung des Parteitages akzeptieren.

Wir hätten uns gerne eine bessere Wahrnehmung und Berichterstattung der Medien gewünscht. Erfolglos schaltete man wie gewohnt „Phönix“ im Fernsehen ein, leider ohne Direktübertragung.

In unserer Versammlung sprachen wir auch die vor uns stehenden Bundestagswahlen im kommenden Jahr und die Kommunalwahlen im Jahr 2014 an. Es gilt, die Vorbereitungen im Auge zu behalten.

Wir vertrauen darauf, dass es uns gelingt, bei den Bürger/innen und Wähler/innen rechtzeitig das Vertrauen zu finden und an vergangene Erfolge anzuknüpfen, und wir wollen in unserer BO allseitig zur Verwirklichung unserer Ziele beitragen und uns weiter durch Zuverlässigkeit beweisen.

## Wie geht es weiter nach dem Parteitag? Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Bernburg

Angelika Trench

Das war das Motto der Diskussion am Mittwochabend, zu der der Ortsvorstand eingeladen hatte. Lothar Boese, Delegierter des Parteitages in Göttingen, gab einführend eine Einschätzung der Stimmung, des Ablaufes und der Ergebnisse aus seiner Sicht. Er beschrieb die innere mentale Zerrissenheit der Partei, die bisher noch nie so deutlich geworden sei. Immerhin hatten in Erfurt 96% der Delegierten dem Parteiprogramm zugestimmt. Die Medien sprechen von einem Linksruck in der Partei nach der Vorstandswahl – diese Einschätzung wird durch dessen Zusammensetzung des neuen Vorstandes seines Erachtens nicht widerspiegelt.

Ein Aufbruch der gesamten Partei sei notwendig, um dem Abwärtstrend, der sich in den Umfrageergebnissen zeigt, mit guten Politikangeboten entgegen zu wirken. Eberhard Balzer unterstütze diese Einschätzung: Es sind besondere Aktivitäten an der Basis notwendig, um das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen. Birke Bull gab zu bedenken, dass DIE LINKE im zarten Alter von 5 Jahren noch ein Recht auf „Kindekrankheiten“ besitzt. Allerdings sind Abstimmungsergebnisse von 45:55 ein Alarmsignal. Eine gesamtdeutsche Partei hat nur eine Zukunft, wenn beide Seiten eine Kultur des Zuhörens und miteinander Redens entwickeln. Eine politische Botschaft aber, welche viele Sympathisanten gefunden hat, ist die Initiative „FairWohnen“. In der Diskussion ging es dann um die Rol-



Der Ortsvorsitzende Peter Trench bei seinen Ausführungen (Foto: privat)

le der früheren WASG in der Partei, der die einen die Schuld an den in Göttingen aufgebrochenen Meinungsverschiedenheiten gaben („Politiker sind Menschen aus Fleisch und Geld“), was aber nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß. Wolfgang Käthner erinnerte daran, dass ohne diesen Zusammenschluss mit der WASG die PDS wahrscheinlich dauerhaft eine Regionalpartei und die Nachfolgepartei der SED geblieben wäre. Allerdings zeigen verschiedene Beispiele (Brandenburg, Berlin), dass Mitregieren wenig bringt, wenn die eigene Handschrift nicht erkennbar ist.

„Demokratisch und friedlich“ sollte auch innerparteilich gelten, mahnte Carsten Marx. Das Beachten dieses Mottos ist im Großen und im Kleinen notwendig, wie der anschließende Disput zeigte. Es wurde noch einmal heftig über die Probleme auf den Wohnungsmarkt in Bernburg diskutiert, weil Birke Bull, ausgehend von den Gesprächen beim Er-

werbslosenfrühstück, die Erkenntnisse der Stadtratsfraktion Bernburg dazu wissen wollte. Mike Mingo erinnerte daran, dass trotz seiner Anregungen dazu in der Fraktionssitzung bisher keine Initiativen ergriffen worden wären. Eine anwesende Bürgerin ergriff die Gelegenheit und erläuterte ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Modernisierungskündigung mit Wohnstätte und Stadtverwaltung. Mit ihr führte Christine Bittner als Stadträtin und Aufsichtsratsmitglied der Wohnstätte nach Abschluss der Veranstaltung das Gespräch weiter.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass es trotz der geringen Teilnehmerzahl eine gelungene Veranstaltung war und der Auftakt für weitere Aktionen. Der Beitrag jedes einzelnen ist gefragt, um den notwendigen Aufbruch zu organisieren.

## Mitgliederversammlung der BO Bernburg Südost

Dario Wolf

Am Mittwoch, dem 18. Juni, führte unsere BO im Rosenblick eine Mitgliederversammlung durch. Aktuelle politische Themen standen auf der Tagesordnung, wie etwa der Fiskalpakt und der Bundestag. Die Neuwahl des neuen Parteivorstands war der erste Schwerpunkt unserer Diskussion. Dabei waren wir uns einig, dass wir dem neuen Vorstand zwar viel Erfolg wünschen, dass jedoch Unsicherheiten bleiben, ob er dieser schwierigen Aufgabe gewachsen ist.

Die Linke Zeitung 07/08/2012, Seite 11

Der zweite Schwerpunkt war Gregor Gysis Rede auf dem Parteitag. Wenn es derart große Unstimmigkeiten innerhalb der Bundestagsfraktion gibt, dann ist das ziemlich traurig. Es wird Zeit, dass die ostdeutschen Landesverbände ihre Zurückhaltung aufgeben und ihren Einfluss geltend machen, denn politische Arbeit ist kein Kampf um Plätze im Bundestag, sondern ein Kampf um Wähler durch Einsatz der gewählten Volksvertreter in ihren Wahlkreisen mit ihrer Basis, was scheinbar einige neu gewählte Volks-

vertreter aus anderen Landesverbänden noch nicht verstanden haben. Es wird Zeit, dass wir wieder politische Themen ins Licht der Öffentlichkeit tragen und endlich aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen.

Zum Schluss möchten wir uns noch für die rege Teilnahme und die vielen interessanten Diskussionsbeiträge der Teilnehmer bedanken. Ein besonderer Dank geht an Manfred Kretschmann, der uns mit seinem sehr interessanten und aufschlussreichen Beitrag zum Fiskalpakt dieses sehr komplexe Thema anschaulich nähergebracht hat.

Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Juli und August  
recht herzlich

zum 93. Geburtstag  
Ruth Hess

zum 92. Geburtstag  
Kurt Brockhausen

zum 91. Geburtstag  
Willi Reinsdorf

zum 90. Geburtstag  
Helmut Sperling  
Anne Christine Böhm

zum 88. Geburtstag  
Hilde Beyer

zum 87. Geburtstag  
Marianne Brüning  
Martha Schwenke

zum 85. Geburtstag  
Rudi Kausmann  
Gerhard Maßel  
Horst Thüns

zum 84. Geburtstag  
Magdalene Sacher

zum 83. Geburtstag  
Hans Berg  
Edwin Kuhnert  
Gerhard Bochnig

zum 82. Geburtstag  
Heinz Koch  
Fritz Teichert  
Hans Weidel

zum 81. Geburtstag  
Lisa Gunkel  
Rolf Günther  
Helma Lehmann

zum 80. Geburtstag  
Herbert Eisfeld

Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Juli und August  
Geburtstag haben



### **Die Strategie der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013**

Vortrag und Diskussion mit  
**Dr. sc. Bernd Ihme**

am Donnerstag, dem 20.09.2012,  
um 18.00 Uhr in der Gaststätte  
Alte Molkerei in Bernburg

Der Kreisvorstand

### **In stillem Gedenken**



**Kurt Wartmann**

BO Staßfurt  
Der Kreisvorstand

### **Tagung des 3. Landespartei- tages DIE LINKE Sachsen- Anhalt**

am Sonnabend, dem 21. 07 2012,  
im  
Büro- und Tagungscenter (BKS),  
Rogätzer Str. 8 in Magdeburg

Der Landesverband entscheidet  
über den neuen Landesvorsitz im  
Juli in Magdeburg. Auf einem au-  
ßerordentlichen Parteitag kandidie-  
ren die bisher stellvertretende Lan-  
desvorsitzende **Birke Bull** für die  
Nachfolge von Matthias Höhn.

Bisherige Kandidaturen für den  
stellvertretenden Landesvorsitz:

**Bianca Görke und Jörg  
Schindler**

### **5 Jahre DIE LINKE**

**MdL Birke Bull und MdB Jan  
Korte**

laden ein  
am 31.08, von 15.00 bis 19. Uhr  
ins Bürgerbüro Bernburg,  
Kleine Wilhelmstraße 2b

### **Auf Sommertour im Salzlandkreis**

**MdB Jan Korte**

am 13.-17. August  
und am 28. und 29 August

### **Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE Salzlandkreis**

am 29. 08. 2012, im Fraktionsbüro  
in Staßfurt, Grenzstraße 11

Der Kreisvorstand

Einsendeschluss für DIE LINKE  
ZEITUNG ist der 03.09. und Redak-  
tionsschluss war der 28.06.

### **DIE LINKE ZEITUNG**

Herausgeber:  
Kreisvorstand DIE LINKE.  
Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

dielinke-salzlandkreis@t-online.de  
06406 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)  
Rüdiger Wendt,  
Klaus Magenheimer,  
Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Re-  
deaktionsschluss eingegangenen Ar-  
tikeln kann die Veröffentlichung nicht  
garantiert werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
stimmen nicht immer mit der Meinung  
der Redaktion überein.

Die Redaktion